P r o t o k o l l
über die öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Kultur, Schule, Soziales, Jugend und Sport
der Stadt Georgsmarienhütte vom 10.06.2021
als Videokonferenz über die Software "ZOOM"

Anwesend:

Vorsitz

Krüger, Sebastian

Mitglieder

Olbricht, Jutta

Ahmed, Malik Waseem

Büter, Rainer

Vertreter für Herrn Kleinheider

Dierker, Heinz

Ferié, Friedrich, Dr.

Funke, Petra

Knappeheide, Christine

Vertreter für Herrn Averdiek

Ruthemeyer, Christoph

Ruthemeyer, Sarah

Springmeier, Wolfgang

Symanzik, Julian

Trimpe-Rüschemeyer, Heinrich

Vertreter für Frau Spreckelmeyer

Welkener, Jörg

Vertreter für Herrn Schmechel

Verwaltung

Herzberg, Alexander

Erster Stadtrat

Happe, Cordula

Leiterin FB III

Dreier, Michael

Abteilungsleiter Bildung und Sport

Hornstein, Anton

Abteilungsleiter Zentrales Gebäudemanagement

Von der Heide, Alexander

Abteilungsleiter Soziales und Jugend

Kämmer, Astrid

FB II, Abteilung für Kultur und Stadtmarketing,

Protokollführung zu TOP 9 bis 11

Möllenkamp, Martina

Jugendpflegerin

Protokollführung

Geier, Jana

Willebrand, Nadja

Fehlende Mitglieder

Averdiek, Andre

vertreten durch Herrn Ruthemeyer

Kleinheider, Marius

vertreten durch Herrn Büter

Schmechel, Peter

vertreten durch Herrn Welkener

Spreckelmeyer, Margit

vertreten durch Herrn Trimpe-Rüschemeyer

Hinzugewählte

Keiser-Scheer, Maria

Fehlende Hinzugewählte

Braun, Sebastian

Reinhardt, Mark

Wickel, Ulrike

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 20:00 Uhr

Tagesordnung

TOP	Betreff
1.	Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
2.	Genehmigung des Protokolls Nr. FB III/02/2021 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Kultur, Schule, Soziales, Jugend und Sport am 22.04.2021
3.	Wichtige Mitteilungen der Verwaltung
3.1.	Defizitverträge mit den Katholischen Kirchengemeinden als Träger von Kindertagesstätten
3.2.	Kath. Kindertagesstätten – Anträge zur Finanzierung von Baumaßnahmen
3.3.	Grundschulen; Förderung des Ausbaus des Ganztagsbetriebs
3.4.	Schulsozialarbeiter*innen an Grundschulen
3.5.	Ausbau Sophie- Scholl- Schule, Kirchstraße
3.6.	Sonstige Auswirkungen der Materialverknappung und Preissteigerungen am Bau
3.7.	Aussichtstürme
3.8.	Sitzungsräume EG Rathaus
3.9.	Fassade Grundschule Graf- Ludolf- Schule Klostergebäude
3.10.	Georgsmarienhütte im Kulturrausch 2021
4.	Sachstandsbericht Gründung eines Jugendparlaments Vorlage: MV/015/2021
5.	AWO-Kindertagesstätte Holzhausen; Jahresabschluss 2020 und Finanzplan 2021 Vorlage: BV/086/2021
6.	Dorfentwicklungsprogramm / Antrag auf Fördermittel für den Neubau eines Jugendtreffs in Holzhausen (Antrag der SPD / FDP – Gruppe) Vorlage: BV/099/2021
7.	Gemeinsame Erziehung von Kindern mit und ohne Behinderung in Kindertagesstätten Fortschreibung der Regionalen Vereinbarung 2021 Vorlage: BV/097/2021

8. Förderung des Sports; Ausweitung der Schwimmzeiten zum Erlangen der Schwimmfähigkeit der Kinder
 - a) Zusätzliche Schwimmkurse
 - Antrag des Schwimmvereins Georgsmarienhütte e.V.
 - Antrag der DLRG Georgsmarienhütte
 - Antrag der SPD/FDP-Gruppe
 - b) Zusätzliche Schwimmzeiten
 - Antrag der Grundschulen
 - c) Kostenfreie Selbsttest für Betreuerinnen und Betreuer im Sport und der Jugendarbeit
 - Antrag des TVG
 - Antrag der Katholischen Jugend Kloster Oesede
 - Antrag der CDU-Fraktion

Vorlage: BV/095/2021
9. Änderung der Konsortialvereinbarung mit der Tourismusgesellschaft Osnabrücker Land mbH
Vorlage: BV/096/2021
10. Aufrechnung der Rückzahlungsforderung der Gesellschafter der TOL aus überkompensierten Beihilfen des Geschäftsjahres 2020 mit der Einlageforderung der TOL auf Erhöhung der Kapitaleinlagen für das Geschäftsjahr 2021 durch Verrechnung mit Wirkung ab 01.08.2021
Vorlage: BV/110/2021
11. Umfeldgestaltung Aussichtstürme
Vorlage: MV/014/2021
12. Jahresabschluss 2020 der Stadtbibliothek Georgsmarienhütte KÖB
Vorlage: BV/089/2021
13. Beantwortung von Anfragen
 - 13.1. Parksituation Berliner Straße – Anfrage des Ratsherren Averdiek
 - 13.2. Defizitverträge mit den Trägern katholischer Kindertagesstätten – Anfrage der SPD/FDP-Gruppe
 - 13.3. Neubau Krippenhaus Kloster Oesede – Anfrage der SPD/FDP-Gruppe
 - 13.4. Dirtpark – Anfrage des Ratsherren Symanzik
14. Anfragen
 - 14.1. Maskenpflicht
 - 14.2. Sanierung Turnhalle Realschule
 - 14.3. Förderung Kinderspielplätze
 - 14.4. Arbeitskreis "Alte Wanne"

- 14.5. Brandschutztreppe Dröperschule
- 14.6. Wassertretstelle Kasinopark
- 14.7. Varusturm

1. Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende Herr Krüger eröffnet die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Kultur, Schule, Soziales, Jugend und Sport und begrüßt die Anwesenden. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung, die Anwesenheit und die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung liegt ein Eilantrag der SPD/FDP-Gruppe vor. Herr Krüger bittet um eine kurze Erläuterung der Eilbedürftigkeit und um Abstimmung über die Eilbedürftigkeit und damit Aufnahme auf die Tagesordnung, falls diese mit einer 2/3 Mehrheit der Ausschussmitglieder festgestellt wird. Ausschussmitglied Herr Symanzik führt aus, dass ein Beschluss vor den am 22. Juli beginnenden Sommerferien gefasst werden und der Antrag schnellstmöglich in die nächste Ratssitzung gegeben werden sollte.

Die Feststellung der Eilbedürftigkeit wird mit 8 Nein Stimmen und 5 Ja Stimmen abgelehnt. Damit wird der Eilantrag nicht auf die heutige Tagesordnung gesetzt und auf die nächste Sitzung des Fachausschuss III am 08.07.2021 verwiesen.

Zur Tagesordnung und zur Nachtragstagesordnung vom 04.06.2021 werden keine Anmerkungen vorgetragen. Die Tagesordnung wird einschließlich Nachtragstagesordnung einstimmig festgestellt.

Entsprechend § 9 der Geschäftsordnung des Rates fragt der Vorsitzende an die anwesenden Einwohnerinnen und Einwohner gerichtet, ob jemand zu einem Tagesordnungspunkt gehört werden möchte. Dies ist nicht der Fall.

2. Genehmigung des Protokolls Nr. FB III/02/2021 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Kultur, Schule, Soziales, Jugend und Sport am 22.04.2021

Zu Form und Inhalt des Protokolls werden keine Anmerkungen vorgetragen.

Folgender Beschluss wird einstimmig gefasst:

Das Protokoll Nr. FB III/02/2021 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Kultur, Schule, Soziales, Jugend und Sport am 22.04.2021 wird genehmigt.

3. Wichtige Mitteilungen der Verwaltung

3.1. Defizitverträge mit den Katholischen Kirchengemeinden als Träger von Kindertagesstätten

Mit Schreiben vom 12.04.2021 hat die Stadt den 6 katholischen Kirchengemeinden als Träger von Kindertagesstätten einen Vertrag über die Trägerschaft und den Betrieb einer

Kindertagesstätte angeboten. Bis heute liegen der Stadt die von den Kirchengemeinden St. Peter und Paul (Eingang 31.05.2021), St. Johann / St. Marien, Holzhausen - Ohrbeck und Herz-Jesu (Eingänge 04.06.2021) unterzeichneten und kirchenaufsichtlich genehmigten Betriebskostenvereinbarungen vor.

Der Vertrag mit der Kirchengemeinde St. Maria Frieden ist von der Kirchengemeinde noch nicht unterzeichnet worden, da von Seiten des Kirchenvorstandes noch der Wunsch besteht, in den Defizitvertrag zum seinerzeit geschlossenen Kaufvertrag zwischen der Stadt und der Kirchengemeinde über den Grundstückserwerb durch die Stadt ergänzende Ausführungen aufzunehmen. Ferner soll der bislang bestehende Nutzungsvertrag künftig nachrangig zum Defizitvertrag als ergänzende Ausführungsbestimmungen herangezogen werden. Hier wird zurzeit vom Rechtsamt der Stadt in Abstimmung mit dem Kirchenvorstand eine den Defizitvertrag ergänzende Vereinbarung bzw. Klarstellung erarbeitet.

Die Kirchengemeinde Heilig-Geist hat den angebotenen Defizitvertrag bislang nicht unterzeichnet, da noch Klärungsbedarf zu einem Sachverhalt im Zusammenhang mit dem Defizitausgleich 2018 – 2020 besteht.

3.2. Kath. Kindertagesstätten – Anträge zur Finanzierung von Baumaßnahmen

St. Marien – Wasserschaden und ergänzende Maßnahmen

Im Januar 2021 wurde am Fußboden der Gruppenräume im Neubauteil der Kindertagesstätte St. Marien ein Wasserschaden festgestellt. Ursache ist ein über einen längeren Zeitraum vollgelaufener Leitungskanal unter dem Flurfußboden. Die im Kanal verlaufenden Leitungen sind korrodiert, der Estrich im Flur und in den angrenzenden Räumen durchfeuchtet. Wie bereits im VA am 16.02.2021 mitgeteilt, weichen die Kindergartengruppen bis auf Weiteres auf andere kirchliche Räumlichkeiten aus.

In einer Besprechung am 03.03.21 wurde die Stadt über das Schadensausmaß und den Sachstand informiert. Es wurde vereinbart, dass die Kirchengemeinde St. Peter und Paul ein externes Architekturbüro mit der Erfassung der Sanierungsbedarfe einschließlich Kostenschätzung beauftragt. Gleichzeitig haben die Vertreter der Kirchengemeinde und des BGV darauf hingewiesen, dass es weitere, über die Behebung des Wasserschadens hinausgehende Handlungsbedarfe am Gebäude gibt, die im Zuge einer Sanierungsmaßnahme mit erledigt werden sollten, um Synergieeffekte zu nutzen. Auch hierzu sollte das externe Architekturbüro eine Aufstellung und Kostenschätzung abgeben.

Mit Schreiben vom 10.05.2021 hat die Kirchengemeinde St. Peter und Paul eine Erfassung der Handlungsbedarfe inklusiv Kostenschätzung vorgelegt. Die Gesamtkosten der Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen belaufen sich demnach auf brutto 295.755,76 €. Der Kostenanteil zur Behebung des Wasserschadens ist darin enthalten und auf brutto 100.403,11 € geschätzt. Der Gebäudeversicherer hat der Kirchengemeinde eine Entschädigung von 115.662,75 € zur Regulierung des Wasserschadens angeboten. Die Kirchengemeinde hat dieses Angebot angenommen.

In einer zweiten Besprechung am 27.05.2021 mit Vertretern der Kirchengemeinde, des Bischöflichen Generalvikariats sowie des beauftragten Architekturbüros wurde der Umfang des Wasserschadens, die Entschädigung der Versicherung, ein möglicher kausaler Zusammenhang weiterer Sanierungsmaßnahmen zum Wasserschaden, das weitere Vorgehen zur Umsetzung der geplanten Sanierungsmaßnahmen sowie der ergänzenden Maßnahmen, die zur Hebung von Synergieeffekten im zeitlichen Zusammenhang mit der Behebung des Wasserschadens umgesetzt werden sollten, da die Kindergartengruppen ausgelagert sind, besprochen. Als weitere bauliche Handlungsbedarfe, die nicht in Zusammenhang zum Wasserschaden stehen, benennt die Kirchengemeinde insbesondere als Maßnahme der laufenden Bauunterhaltung den Austausch der gesamten Holzfenster im Altbaubereich (Kindergarten) sowie als Modernisierungsmaßnahmen die Erneuerung der IT /

Telefonanlage. Die Sanierungsmaßnahmen werden in zwei Bauabschnitten realisiert. Zunächst wird der Bereich des Kindergartens saniert. Der Betrieb der Krippengruppe läuft weiter. In einem zweiten Bauabschnitt wird die Krippengruppe verlagert und in diesem Bereich die erforderlichen Maßnahmen umgesetzt.

Die Kirchengemeinde St. Peter und Paul beantragt mit dem vorgenannten Schreiben eine Kostenübernahme der ungedeckten Kosten der Gesamtmaßnahmen. Zur Finanzierung der Behebung des Wasserschadens und der ergänzenden Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen sind die nicht durch die Versicherungsleistung und die Förderung durch das BGV (20 % der förderfähigen Kosten) gedeckten Gesamtkosten von der Stadt zu tragen. Die Pauschale in Höhe von 4.000 € pro Gruppenraum für die laufende Bauunterhaltung, die entsprechend dem Defizitvertrag gewährt wird, wird in die Finanzierung eingebracht. Die Zustimmung zum sofortigen Maßnahmenbeginn wurde zwischenzeitlich auf Antrag erteilt.

Die Verwaltung beabsichtigt, diesen Zuschussantrag der Kirchengemeinde St. Peter und Paul wegen Eilbedürftigkeit in die nächste Sitzung des Verwaltungsausschusses am 23.06.2021 einzubringen.

St. Maria – Schlafräum Krippe

Der Antrag der Kirchengemeinde St. Johann / St. Marien auf Behebung eines Feuchteschadens im Ruheraum der Krippe liegt seit dem 29.03.2020 vor. Der vorzeitige Maßnahmebeginn wurde mit Schreiben vom 31.03.2020 bewilligt.

Eine grobe Kostenschätzung zur Behebung des Feuchteschadens vom beauftragten Architekten beläuft sich nach Mitteilung der Kirchengemeinde vom 10.08.2020 auf ca. 8.500 €. Da seit der Antragstellung trotz Anforderung keine prüffähigen Unterlagen vorgelegt wurden, konnte der Antrag den politischen Gremien bislang nicht zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt werden.

Mit Schreiben vom 04.05.2021 reicht die Kirchengemeinde nun eine Kostenfeststellung in Höhe von 30.607,83 € ein. Ein Großteil der Arbeiten wurden im Jahr 2021 ausgeführt und abgerechnet. In Abstimmung mit dem BGV ist die Maßnahme nicht anteilig in den Defizitausgleich 2020 eingeflossen. Sie ist separat abzurechnen.

Der Antrag wird dem Fachausschuss III in seiner nächsten Sitzung am 08.07.2021 zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt.

St. Antonius – diverse Baumaßnahmen

Mit Schreiben vom 29.04.2021 beantragte die Kirchengemeinde St. Antonius einen Zuschuss bzw. eine Kostenübernahme für diverse Instandhaltungs- oder Modernisierungsmaßnahmen im Gesamtvolumen von 39.558,12 €:

- Erneuerung des Bodenbelags in Gruppenräumen
- Ersetzen des Linoleumbodens durch Fliesen im Putzmittelraum
- Reparatur und Wartung der Fenster
- Reparatur der Kuppelfenster/Dachlüfter
- 2-teiliges Sonnensegel für die Krippengruppe

Eine Bauausführungsgenehmigung mit einer Kostenbeteiligung von max. 7.950 € durch das BGV liegt vor.

Der Antrag wird zur Beratung und Beschlussfassung in die nächste Sitzung des Fachausschusses III am im 08.07.2021 eingebracht.

Im Hinblick auf die vorgenannten Anträge muss darauf hingewiesen werden, dass es derzeit keine abschließenden Regelungen zur Finanzierung von Baumaßnahmen in Kindertagesstätten gibt, in denen das Gebäude in Trägereigentum steht.

Durch den von den Trägern der vorgenannten Kindertagesstätten unterzeichneten Defizitvertrag ist die bisherige städtische Richtlinie über die Gewährung von Zuschüssen für Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen sowie investive Baumaßnahmen der Kindertagesstätten nicht mehr anwendbar.

Gem. § 11 Abs. 4 des rückwirkend zum 01.01.2021 in Kraft getretenen Defizitvertrags mit den vorgenannten Kirchengemeinden erhalten diese je Gruppenraum eine jährliche Pauschale von 4.000 €, die zweckgebunden für die laufende Bauunterhaltung zu verwenden ist. Eine gesonderte Bezuschussung kann erst erfolgen, wenn die Kosten der einzelnen Maßnahme den Betrag der jährlichen Pauschale überschreiten.

Nach § 22 des Vertrages besteht jedoch Einigkeit, dass diese Regelung keine ausreichende Kompensation darstellt und durch eine angepasste Regelung ersetzt werden soll. Die hierzu erforderlichen Verhandlungen konnten noch nicht aufgenommen werden, da der Stadt bislang noch nicht alle unterzeichneten Defizitverträge vorliegen.

Bis zum Abschluss konkreter Regelungen hat die Stadt auf Antrag im Einzelfall über eine Förderung zu entscheiden, wenn der Handlungsbedarf zeitlich unabweisbar ist.

3.3. Grundschulen; Förderung des Ausbaus des Ganztagsbetriebs

Das Land Niedersachsen hat zusätzliche Fördermittel für den Ausbau und die qualitative Verbesserung des Ganztagsbetriebs an Grundschulen zur Verfügung gestellt. Nach Abfrage der Bedarfe bei den Schulleitungen hat die Stadt für vier Schulen (Freiherr-vom-Stein, Grundschule am Harderberg, Michaelisschule und Regenbogenschule) Förderanträge auf Anschaffung von Mobiliar u. ä. gestellt. Alle vier Anträge auf Fördermittel wurden mittlerweile vom zuständigen RLSB positiv beschieden. Die Investitionen befinden sich in der Umsetzung.

Insgesamt handelt es sich um ein Volumen von rd. 67.000 €. Das Land übernimmt davon 41.000 €. Die Schulen tragen die ungedeckten Kosten aus ihren städtischen Schulbudgets.

3.4. Schulsozialarbeiter*innen an Grundschulen

Durch Beschluss des Rates finanziert die Stadt Georgsmarienhütte ab 2021 bis zum 31.08.2024 insgesamt 3,0 Vollzeitstellen für Schulsozialarbeit an den Grundschulen. Für den aufgestockten Stellenumfang und den Ersatz ausgeschiedener Mitarbeiter*innen hat der Anstellungsträger, die VHS Osnabrücker Land, im März eine Stellenausschreibung veröffentlicht. Nach Abschluss des Bewerbungsverfahrens konnten die offenen Stellenanteile mit drei Sozialarbeiterinnen in Teilzeit neu besetzt werden. Zwei Mitarbeiterinnen haben bereits am 01.06. ihre Arbeit aufgenommen. Eine weitere Sozialarbeiterin wird am 01.07. ihren Dienst antreten. Damit stehen den Grundschulen in Georgsmarienhütte insgesamt 8 Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter auf 4,5 Vollzeitstellen zur Verfügung.

3.5. Ausbau Sophie- Scholl- Schule, Kirchstraße

Der Ausbau der Sophie- Scholl- Schule, die Zusammenlegung der beiden Standorte am Standort Kirchstraße in Alt- Georgsmarienhütte und die Aufgabe der Außenstelle in Kloster Oesede muss verschoben und voraussichtlich auf das Ende der Sommerferien 2022 gelegt

werden, da eine Fertigstellung der Baumaßnahme in diesem Sommer nicht mehr sichergestellt werden kann. Schulleiter, Lehrerkollegium, Hausmeister und Schulsekretärin wurden darüber informiert.

3.6. Sonstige Auswirkungen der Materialverknappung und Preissteigerungen am Bau

Einige Baustoffe, die für die Sommerbaustellen benötigt werden, können nicht mehr rechtzeitig geliefert werden, um die Baumaßnahmen mit Sicherheit zum Ende der Sommerferien fertigstellen zu können.

An der Umsetzung folgender Projekte wird derzeit noch festgehalten:

- MINT- Raum Realschule: Hierfür werden für die Baumaßnahme an der Sophie-Scholl-Schule teilweise bereits eingelagerte Deckenbaustoffe verwendet.
- Akustik und Digitalisierung Regenbogenschule: Der Einbau der Brandschutztüren in das Treppenhaus 3 und der Trockenbau in den angrenzenden Klassenräumen findet statt, da Raumreserven in der Schule über die Sommerferien hinaus vorhanden sind. Die Umsetzung verlagert sich bis zum Ende der Herbstferien und muss noch im Detail abgestimmt werden
- Sanierung Sporthalle Michaelisschule, Bauabschnitt 2: Derzeit können lediglich die Hallenzugangs- und Notausgangstüren nicht geliefert werden – Die sonstigen Arbeiten an Decken, Lüftung, Beleuchtung und Brandschutz finden - Stand jetzt - statt
- Sanierung Sporthalle Realschule
- Sporthalle Holzhausen: Einbau von Trinkwasserladestationen in Duschen (Erneuerung der Kalt- und Warmwasserinstallationen auf Grundlage der Trinkwasserverordnung)
- Grundschule Holzhausen: Austausch Heizkessel / Erneuerung Heizanlage
- Außentreppe Dröperschule: (Diese werden im laufenden Betrieb montiert, Fundamente sind fertiggestellt) – Verzögerung vermutlich bis zum Ende der Herbstferien
- Torbogensanierung Kloster Oesede: Denkmalrechtliche Genehmigung vorliegend
- Austausch mobile Trennwand, Malerarbeiten, Bodenbelagsarbeiten, Sonnenschutz, Austausch Windfang Holzkonstruktion, Fugensanierung Eingangsfassade in der AWO-Kindertagesstätte Holzhausen
- Außenanlagen Sporthalle Harderberg (Zwischenraum Halle / Kunstrasenplatz und Eingangsbereich Gymnastikhalle incl. Fahrradstellplätze)
- Außenanlagen Sporthalle Regenbogenschule (incl. Freitreppe Schulhof und Zugang Werkraum)
- Einbau Gasheizung in die Friedhofskapelle Kloster Oesede
- Neubau Carport Verkehrswacht und Feuerwehr Alt- Hütte

Derzeit in der Schwebe sind die Maßnahmen:

- Akustik und Digitalisierung, Austausch von Heizkörpern Grundschule Holzhausen (1 Klassenraum)
- Akustik und Digitalisierung Freiherr-vom- Stein- Schule (2 Klassenräume und Lehrerbibliothek)
- Akustik Maries Hütte

Dieses Jahr bereits abgeschlossen bzw. in baulicher Umsetzung befindliche Maßnahmen:

- Flachdachsanieung Freiherr- v.- Stein- Schule Altbau (Lehrerbibliothek/Lehrerzimmer) – abgeschlossen
- Rathaus EG Mittelzone – Freigabe bevorstehend
- Sanierung Aussichtstürme – Freigabe Hermannsturm bevorstehend

- Flachdachsanieierung Nordtrakt und Verwaltungsstrakt Realschule (Auch hier können bereits Anfang Mai bestellte Dämmstoffe und Holzbaustoffe voraussichtlich erst in der zweiten Julihälfte geliefert werden. Die Arbeiten werden über den Sommer andauern.)
- Wartungsstege und Restarbeiten Dachdecker Haus der kleinen Füße – Abnahme letzte Woche erfolgt – Ergänzung Blitzschutz und Mängelbeseitigung ausstehend

In Planung befindlich:

- Krippenhaus Kloster Oesede
- Neubau Michaelisschule
- Sanierung Alte Wanne

Planung bevorstehend:

- KiTa für Bauplätze östlich Panoramabad/Gymnasium

(Auflistung hat keinen Anspruch auf Vollständigkeit)

3.7. Aussichtstürme

Die Freigabe des Hermannsturms ist in Sichtweite. Es braucht noch ein klein wenig Geduld. Die technische Abnahme des Stahlbaus ist am 03.06.2021 erfolgt. Hiernach folgen noch Restarbeiten Blitzschutz und die Auspflasterung der Turmfußpunkte. Am Varusturm muss noch die Unterkonstruktion und Wiedermontage der Funkeinrichtungen der Drittanbieter (Deutsche Funkturm GmbH und Telefonica Deutschland GmbH & Co. OHG) umgesetzt werden, welche sich zwecks Gewährleistung des Mobilfunks im Bereich Alt-Georgsmarienhütte / Oesede, aktuell noch auf dem Restgerüst befindet. Sobald diese abgeschlossen sind und die Türme verkehrssicher begangen werden können, wird dies über die Presse bekannt gegeben. Für den Hermannsturm wird dies voraussichtlich in KW25/2021 erfolgen, vorbehaltlich von Verfügbarkeit an Personal und Material bzgl. der Restarbeiten. Damit wird der Hermannsturm 2 Jahre nach Beauftragung des Sanierungskonzeptes und 13 Monate nach Beauftragung der baulichen Leistungen fertiggestellt sein.

3.8. Sitzungsräume EG Rathaus

Die bauordnungsrechtliche Teilabnahme durch den Landkreis ist terminiert für den 17.06.2021. Vorbehaltlich der positiven Bescheinigung können die Räume seitens des ZGM zum 18.06.2021 zur Nutzung freigegeben werden. Fertiggestellt sind die IT- Serverzentrale, Personalraum Bürgeramt, Wartezone Bürgeramt, die Versammlungsstätte als solche, die Toiletten und entsprechende Neben- und Zugangsräume. Noch nicht möbliert ist die Teeküche. Noch nicht abschließend fertiggestellt, weil im baulichen Zusammenhang mit dem Umbau der Pizzeria zusammenhängend, sind die barrierefreie Sanitäranlage im EG (alternative im Haus vorhanden) und die Garderobenzone. Dies erfolgt in einem letzten Bauabschnitt. Die noch nicht vollständig fertiggestellten Bauteile sind durch eine Staubwand optisch abgetrennt und nicht wahrnehmbar.

3.9. Fassade Grundschule Graf- Ludolf- Schule Klostergebäude

Die Fassade des Klostergebäudes (Schulbereich) muss saniert werden, da diese großflächig hohllagig und rissig ist. Ferner sind die Natursteingewände und das Natursteinmauerwerk an Gauben und Freitreppen vereinzelt nicht mehr ausreichend standsicher. Eine eingehende Bestandsaufnahme ist erfolgt. Ein Sanierungskonzept wurde erarbeitet und mit der Unteren Denkmalbehörde abgestimmt. Eine Abstimmung mit der Kirchengemeinde hinsichtlich der

Farbgebung muss noch erfolgen. Die Gesamtkosten werden auf 700.000 EUR kalkuliert. Die Sanierung soll in zwei Bauabschnitten erfolgen.

Bauabschnitt 1: Ostseite incl. Freitreppe.

Bauabschnitt 2: Westseite, Südseite, Freitreppe und Einfassungsmauern.

275.000 EUR stehen im Rahmen der Bauunterhaltung für den ersten Bauabschnitt in 2021 zur Verfügung.

3.10. Georgsmarienhütte im Kulturrausch 2021

Seit dem Lockdown in den Wintermonaten mussten alle kulturellen Veranstaltungen aufgrund der Allgemeinverfügung des Landkreises bis auf weiteres abgesagt werden. So langsam sinken die Inzidenzen und Lockerungen für den Kultursektor sind in Sichtweite.

Die Abteilung für Kultur und Stadtmarketing wird in den Sommermonaten verstärkt coronakonforme Kulturangebot anbieten, um den Sektor wiederzubeleben. Unter dem Namen „GMHütter Kulturrausch“ werden verschiedene Kulturveranstaltungen, sowie Kunstprojekte an unterschiedlichen Orten im Stadtgebiet stattfinden.

1. Veranstaltungen auf der Waldbühne:

Die GMHütter Kleinkunstreihe, die sonst im Frühjahr und Herbst im Rathaus stattfindet, wurde coronabedingt auf die Waldbühne Kloster Oesede verlegt. Wir planen vom 28.07.-01.08.2021 eine Reihe verschiedener Kleinkunstveranstaltungen auf der Waldbühne – der Waldbühnenverein tritt als Kooperationspartner auf. Nach den aktuell geltenden Vorschriften des Landes wird ein Hygienekonzept erstellt. Folgende Veranstaltungen sind bereits geplant: Musicalshow „In 80 Minuten um die Welt - Eine musicalische Weltreise“ von MNT am 28.07.2021; Grand Jam & Blues Summer am 29.07.2021; 2 Solokonzerte mit Heinz Rudolf Kunze am 30.07.2021; Best of! Poetry Slam (in Kooperation mit der Lagerhalle Osnabrück) am 01.08.2021. Weitere Termine werden derzeit geprüft.

2. Veranstaltungen im Museum und auf dem Museumsgelände:

Ab dem 20. Juni 2021 wird die Ausstellung des Kunstkreises „Wir machen blau“ im Museum zu sehen sein. Trotz der eingeschränkten Öffnungszeiten, die sich auf Sonntagnachmittag 15- 18 Uhr beschränken, erfreut sich das Haus bereits jetzt eines guten Zulaufs.

In Kooperation mit dem Museumsverein sind analog zum letzten Sommer wieder drei Kleinkunstveranstaltungen im Außenbereich der Villa Stahmer geplant. Zugelassen sind max. 70 Personen.

3. Veranstaltung an der Lutherhütte:

In Kooperation mit der Luther-KG ist ein Kindertheater Mitte Juli im Außenbereich der Lutherhütte geplant.

4. Veranstaltung in Holzhausen:

Zusammen mit Holzhauser Leben laufen erste Überlegungen für eine Multivisionsshow im Antoniuspark. Eine mögliche Umsetzung wird derzeit geprüft.

5. Kunstprojekt Kunstschule Paletti:

Paletti beteiligt sich mit einem partizipativen Projekt, das noch in Vorbereitung ist.

4. Sachstandsbericht Gründung eines Jugendparlaments Vorlage: MV/015/2021

Die städtische Jugendpflegerin Frau Möllenkamp erläutert kurz die Mitteilungsvorlage. Da keine Wortmeldungen vorliegen, schließt der Ausschussvorsitzende das Thema ab.

**5. AWO-Kindertagesstätte Holzhausen; Jahresabschluss 2020 und Finanzplan 2021
Vorlage: BV/086/2021**

Fachbereichsleiterin Frau Happe erläutert zunächst die Beschlussvorlage.

Ausschussmitglied Herr Dierker fragt nach, warum die Ausgaben für die Berufsgenossenschaft bei der AWO als Personalkosten ausgewiesen werden und bei den katholischen Trägern zu den Sachkosten zählen. Frau Happe erläutert, dass die Systematik der Betriebskostenabrechnung der AWO auf Grundlage des derzeit bestehenden Defizitvertrages erfolgt. Eine Vereinheitlichung in der Buchungssystematik wird erst erreicht, wenn alle Träger von Kindertagesstätten einen einheitlichen, den neuen Defizitvertrag mit der Stadt geschlossen haben und Ausführungsbestimmungen festgelegt worden sind. Herr Dierker moniert, dass bei den Betriebskostenabrechnungen der katholischen Kindertagesstätten die Beiträge für die Berufsgenossenschaft bislang aus der Sachkostenpauschale finanziert werden mussten und nicht als Personalausgaben zusätzlich gefördert wurden. Dieses wird von der Verwaltung dementiert, da die Defizite 2018 bis 2020 der katholischen Kindertagesstätten von der Stadt ausgeglichen worden sind.

Ausschussmitglied Herr Ruthemeyer fragt nach, welche Konsequenzen es hätte, wenn die AWO den neuen Vertrag nicht unterzeichnet. Er äußert Bedauern darüber, dass die Beiratssitzung erneut ausgefallen ist und hofft, dass diese im nächsten Jahr wieder stattfinden kann. Frau Happe verweist darauf, dass der aktuelle Defizitvertrag mit der AWO befristet bis zum 31.12.2021 geschlossen wurde. Im Arbeitskreis „Finanzierung der Kindertagesstätten“ wurden die Prioritäten dahingehend abgestimmt, dass zunächst mit den katholischen Trägern Defizitverträge abgeschlossen werden. Im Anschluss daran werden die Vertragsverhandlungen mit der AWO fortgeführt, mit dem Ziel, einen neuen Vertrag ab 01.01.2022 abzuschließen. In einem dritten Schritt soll den evangelischen Trägern eine Umstellung auf den neuen Vertrag angeboten werden.

Ausschussmitglied Herr Trimpe-Rüschemeyer fragt nach, ob die Beiträge für die Berufsgenossenschaft nach neuem Vertrag nicht länger getragen werden. Frau Happe erklärt, dass es lediglich darum geht, ob die Beiträge als Sach- oder Personalkosten gebucht werden. Dies soll in den Ausführungsbestimmungen einheitlich geregelt werden, so dass alle Träger gleich buchen. Die Kosten werden weiterhin getragen. Herr Herzberg ergänzt, dass gemäß der relevanten Buchungssystematiken diese Beiträge zu den Personalkosten zählen und dies zukünftig auch so gebucht werden sollte.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen lässt der Ausschussvorsitzende abstimmen.

Folgende Beschlussempfehlung wird einstimmig gefasst:

Dem Jahresabschluss für das Jahr 2020 und dem Finanzplan für das Jahr 2021 wird in der vorliegenden Fassung zugestimmt.

**6. Dorfentwicklungsprogramm / Antrag auf Fördermittel für den Neubau eines Jugendtreffs in Holzhausen (Antrag der SPD / FDP – Gruppe)
Vorlage: BV/099/2021**

Ausschussmitglied Herr Trimpe-Rüschemeyer erläutert den Antrag der SPD/FDP-Gruppe. Im Investitionshaushalt 2021 sind 500.000 € für die Neuerrichtung des Jugendtreffs Holzhausen eingestellt. Da eine Umsetzung durch das Zentrale Gebäudemanagement in diesem Jahr nicht mehr möglich zu sein scheint, soll eine Förderung im Rahmen des

Dorfentwicklungsprogramms für das Jahr 2022 beantragt werden. Die Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag kann Herr Trimpe-Rüschemeyer nicht nachvollziehen, da das Projekt auch fremdvergeben werden könnte und die Verwaltung somit nicht belastet würde. Er verweist außerdem darauf, dass Projektleitung und -steuerung beim Neubau der Michaelisschule extern vergeben wurden. Die Verwaltung sollte sich daher bei diesem Projekt zurücknehmen können und nur eine minimale Arbeitsbelastung haben. Die Notwendigkeit für den Neubau einer Kindertagesstätte im Neubaugebiet in Oesede sieht er nicht im Jahr 2022, da noch weitere Klärungen zum Baugebiet und Standort der Kindertagesstätte ausstehen. Der Jugendtreff sei bereits seit Jahren in der Diskussion und sollte nun endlich umgesetzt werden.

Erster Stadtrat Herr Herzberg weist darauf hin, dass eine Auftragsvergabe an externe Dritte nicht automatisch zu einer vollständigen Entlastung der Verwaltung führt. Mit den Fremdfirmen müssten weiterhin Abstimmungen getroffen werden. Ebenso müssen Verwaltungsmitarbeiter an den Arbeitskreissitzungen zu den Projekten teilnehmen, fachlich beraten und ihre Stellungnahmen abgeben. Dem Neubau der Michaelisschule wurde die höchste Priorität eingeräumt. Wenn im Neubaugebiet „Südlich Schulzentrum“ die Baugrundstücke vergeben werden, muss der daraus resultierende Bedarf an Kita-Plätzen umgehend gedeckt werden. Das ZGM kann nicht alle Projekte gleichzeitig umsetzen. Hierfür ist durch die Politik eine Priorisierung festzulegen. Sollte dem Jugendtreff der Vorzug gegeben werden, ist ein bislang priorisiertes Projekt zurückzustellen. Falls die Planung einer neuen Kindertagesstätte nicht vor 2023 beginnt, könnte es dazu kommen, dass die erforderlichen Betreuungsplätze zur Abdeckung des Bedarfs und der damit verbundenen Rechtsansprüche nicht rechtzeitig zur Verfügung stehen.

Ausschussmitglied Herr Ruthemeyer hält es für bedauerlich, dass im Vorfeld des Antrags von den Antragstellern keine Kontaktaufnahme zum Förderverein Holzhausen erfolgte. Der Antrag wurde gestellt, ohne dass mit den Leuten vor Ort gesprochen worden sei. Dies habe zu Irritationen geführt. Die Bürgerbeteiligung werde durch den Antrag ausgehebelt. Eine Vorbesprechung im Bürgerforum hätte er daher für besser gehalten, um die Ehrenamtlichen miteinzubeziehen. Eine Entscheidung, den Neubau der Michaelisschule oder der Kindertagesstätte hintenanzustellen, hält er für schwierig, da er für den Jugendtreff keine hohe Dringlichkeit sieht.

Ausschussmitglied Herr Trimpe-Rüschemeyer betont, dass es nicht um eine Verschiebung des Neubaus der Michaelisschule zugunsten des Jugendtreffs geht. Ihn verwundert es allerdings, dass die Verwaltung dieses Projekt als Belastung aufzeigt, wenn die Projektleitung und -steuerung extern vergeben wird. Es entstehen dafür zusätzliche Kosten, ohne dass die Verwaltung entlastet wird. Ihm stellt sich daher die Frage, warum dann überhaupt eine Vergabe an Externe erfolgt. Auch zum Neubau der Kindertagesstätte habe er lediglich eine Einschätzung des Durchführungszeitraums abgegeben. Er verweist außerdem auf den Vorschlag der Bürgermeisterin im Verwaltungsausschuss, den Jugendtreff, den Eine-Welt-Laden sowie die Nebenstelle der Stadtbibliothek unterhalb des alten Kindergartens zu errichten. Herr Trimpe-Rüschemeyer fragt sich wieso ein solcher Vorschlag eingebracht wird, wenn die Verwaltung diesen aufgrund ihrer Auslastung nicht umsetzen kann. Für den Jugendtreff liegt eine Machbarkeitsstudie aus dem Jahr 2019 vor. Eine kurzfristige Umsetzung müsse möglich sein. In der Stellungnahme der Verwaltung wird stattdessen auf das Jahr 2028 verwiesen.

Abteilungsleiter Herr Hornstein weist darauf hin, dass die Verwaltung beim Neubau der Michaelisschule weiterhin die Aufgaben eines Bauherrn übernimmt. Die Vergabe der Projektleitung und -steuerung an Externe führt zu einer Arbeitserleichterung. Der Bauherr ist allerdings niemals vollständig aus einem Projekt herausgezogen. Er muss z. B. weiterhin über Vollmachten hinausgehende Entscheidungen treffen oder an Arbeitskreisen/Workshops beteiligt sein. Eine komplette Entlastung ist somit nicht gegeben.

Ausschussmitglied Herr Symanzik betont, dass keine anderen Projekte wie Michaelisschule oder Kita-Neubau zurückgestellt werden sollen. Allerdings sei die zeitliche Schiene im Neubaugebiet „Südlich Schulzentrum“ derzeit unklar. Den Kita-Neubau um ein Jahr nach hinten zu verschieben sollte daher durchaus möglich sein.

Fachbereichsleiterin Frau Happe weist auf ein Missverständnis hin. In der Stellungnahme der Verwaltung wurde lediglich darüber informiert, dass das Dorfentwicklungsprogramm noch bis 2028 läuft. Ein Neubau des Jugendtreffs frühestens in 2028 wurde nicht thematisiert. Bei einem Antrag auf Fördermittel in 2021 müsste bei Bewilligung von Fördermitteln eine Umsetzung in 2022 erfolgen. Die Verwaltung kann daher nur darauf hinweisen, dass sie mit der Umsetzung bereits begonnener bzw. priorisierter Maßnahmen im Jahr 2022 ausgelastet ist. Sie weist außerdem auf einen vorgelagerten Wettbewerb, die ca. einjährige Planungsphase und die sich anschließende Bauausführung für einen Kita-Neubau hin. Wird dies um ein Jahr nach 2023 verschoben, kann mit einer Inbetriebnahme der Kindertagesstätte nicht vor Mitte bis Ende 2025 gerechnet werden. Abhängig von den Entwicklungen des Neubaugebiets könne dies schnell zu einem Problem werden, da die Kindertagesstätte dann ggf. nicht rechtzeitig vor Bezug der ersten Neubauten fertiggestellt werden könnte, um die Platzbedarfe abzudecken.

Ausschussmitglied Herr Ruthemeyer betont nochmals, dass er keine Dringlichkeit für den Jugendtreff sieht. Vielmehr sollten die Bürger vor Ort eingebunden werden, Kommunikation ist wichtig.

Für Ausschussmitglied Herrn Trimpe-Rüschemeyer kommt ein Verschieben des Neubaus der Michaelisschule ebenfalls nicht in Frage. Bezüglich des Vorschlags der Bürgermeisterin im Verwaltungsausschuss fragt er sich jedoch, wieso eine Umsetzung dessen denkbar gewesen sei, beim vorliegenden Antrag der SPD/FDP-Gruppe jedoch keine Möglichkeit gesehen wird.

Frau Happe erwidert, dass der Vorschlag der Bürgermeisterin lediglich eine Lösung zum Standort des Jugendtreffs enthalten habe. Über die weitere Umsetzung hinsichtlich zeitlichem Rahmen und Bauherrenfunktion, fand ihres Wissens keine weitere Erörterung statt, da der Verwaltungsausschuss den Vorschlag zum Standort bereits abgelehnt hat.

Ausschussmitglied Herr Büter sieht aufgrund der Stellungnahme der Verwaltung zur Machbarkeit derzeit keine Möglichkeit, den Jugendtreff zu errichten. Eine Antragstellung auf Fördermittel könnte ggf. im nächsten Jahr erfolgen. Er bittet außerdem darum, nicht nur einzelne Stadtteile in den Fokus zu stellen, sondern die Stadt Georgsmarienhütte und ihre Bürger als Gesamtheit zu betrachten.

Ausschussmitglied Frau Funke sieht den Neubau der Michaelisschule und einer Kindertagesstätte als längerfristige Projekte. Sie erinnert daran, dass der Jugendtreff bereits seit 2006 im Gespräch ist und fragt sich, wann eine Umsetzung möglich wäre.

Fachbereichsleiterin Frau Happe kann derzeit keinen Zeitplan zum Jugendtreff benennen. In den Haushaltsberatungen wurden für die anstehenden Maßnahmen Prioritäten gesetzt. Unvorhergesehene, nicht abweisbare Arbeitsaufwände wie z. B. die Sanierung der Sporthalle der Realschule nach dem Brand kommen hinzu. Die Handlungsbedarfe sind mit der personellen und finanziellen Machbarkeit in Einklang zu bringen. Abteilungsleiter Herr Hornstein ergänzt, dass der Jugendtreff in diesem und im nächsten Jahr nicht umgesetzt werden könne. Zwar liege ein Konzept vor, dieses ist allerdings aufgrund anderer Projekte momentan nicht umsetzbar.

Ausschussmitglied Frau Olbricht hält es für bedauerlich, dass Jugendprojekte hinter anderen Maßnahmen zurückstehen müssen. Gleiches sei beim Dirtpark passiert. Für die Umsetzung von weiteren Projekten sei zu wenig Personal im Rathaus vorhanden.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt der Ausschussvorsitzende abstimmen.

Der Antrag der SPD/FDP-Gruppe wird mit 6 Ja-Stimmen und 6 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung **bei Stimmgleichheit abgelehnt**.

**7. Gemeinsame Erziehung von Kindern mit und ohne Behinderung in Kindertagesstätten Fortschreibung der Regionalen Vereinbarung 2021
Vorlage: BV/097/2021**

Nachdem Fachbereichsleiterin Frau Happe die Beschlussvorlage kurz erläutert hat und keine Wortmeldungen vorliegen, bittet der Ausschussvorsitzende um Abstimmung.

Folgende Beschlussempfehlung wird einstimmig gefasst:

Die Regionale Vereinbarung für die Stadt Georgsmarienhütte zur gemeinsamen Erziehung von Kindern mit und ohne Behinderung in Kindertagesstätten wird fortgeschrieben.

8. Förderung des Sports; Ausweitung der Schwimmzeiten zum Erlangen der Schwimmfähigkeit der Kinder
a) Zusätzliche Schwimmkurse
 - Antrag des Schwimmvereins Georgsmarienhütte e.V.
 - Antrag der DLRG Georgsmarienhütte
 - Antrag der SPD/FDP-Gruppe
b) Zusätzliche Schwimmzeiten
 - Antrag der Grundschulen
c) Kostenfreie Selbsttest für Betreuerinnen und Betreuer im Sport und der Jugendarbeit
 - Antrag des TVG
 - Antrag der Katholischen Jugend Kloster Oesede
 - Antrag der CDU-Fraktion
Vorlage: BV/095/2021

Abteilungsleiter Herr Dreier erläutert die Vorlage und gibt einen inhaltlichen Überblick über die verschiedenen Anträge.

- a) Die SPD/FDP-Gruppe, hatte zusätzliche Schwimmkursangebote in Zusammenarbeit mit den Stadtwerken, dem Schwimmverein und der DLRG beantragt. Der Schwimmverein Georgsmarienhütte und die DLRG beantragen die Ausweitung der Nutzungszeiten im Panoramabad.
- b) Die Regenbogenschule hatte, stellvertretend für alle Grundschulen, ebenfalls zusätzliche Schwimmzeiten im Panoramabad beantragt.

Aus Sicht der Verwaltung wäre es daher sinnvoll, mit den Beteiligten zunächst Gespräche zu führen, um eine interne Abstimmung der jeweiligen Vorhaben und Verteilung der zur Verfügung stehenden Kapazitäten im Panoramabad zu erreichen. Eine Nutzung des Therapiebeckens der „Klinik am Kasinopark“, wie von der SPD/FDP-Gruppe vorgeschlagen, ist nicht möglich, da der Betrieb wegen der anstehenden Schließung bereits eingestellt worden ist.

- c) Der Sportverein Viktoria 08 sowie die Kath. Jugend Kloster Oesede (KJKO) beantragten kostenfreie Selbsttests für Übungsleiterinnen und Übungsleiter im Sport sowie Gruppenleiterinnen und Gruppenleiter von Jugendangeboten.

Hierzu erläutert Herr Dreier, dass insbesondere die Übungsleiterinnen und Übungsleiter im Sport aufgrund der Anfang Mai kurzfristig durch die Änderung der Corona-Verordnung wieder möglichen Nutzung von Sportanlagen diese Selbsttests unverzüglich benötigten und die Verwaltung daher bereits am 28.05.2021 an das Büro des Sports und den Stadtjugendring jeweils 1 Testpaket im Wert von zusammen rund 10.000 € übergeben hat. Es stellt sich vor diesem Hintergrund die Frage, ob die CDU Fraktion ihren Antrag aufrechterhält und für den vorgenannten Zweck weitere 10.000 € aus dem Haushalt des FB III einsetzen will. Die Testpflicht wurde inzwischen aufgehoben. Die Bürgermeisterin hat aber bei der Übergabe der Testpakete die Verantwortlichen gebeten, trotzdem weiterhin freiwillig Testungen vorzunehmen.

Ausschussmitglied Frau Olbricht stellt sich die Frage, ob nicht auch aus dem 2. Halbjahr 2020 Mittel zur Verfügung stehen müssten, die aufgrund der Schließung der Schwimmbäder nicht ausgegeben wurden. Ihrer Auffassung nach dürfe es einen ganzen Jahrgang geben, der keinen Schwimmunterricht erteilt bekommen konnte. Anlass für den Antrag der SPD/FDP Fraktion war auch, dass die Kinder, die von der Grundschule in die weiterführende Schule übergehen, dann im Panoramabad ein Schwimmlernangebot erhalten. Wichtig dabei sei, dass den Eltern hierbei keine Kosten entstehen, da das Schwimmen in der Grundschule kostenlos erteilt worden wäre.

Ausschussmitglied Frau Ruthemeyer spricht sich für die Aufrechterhaltung des CDU Antrages aus. Eine Testung sollte jederzeit freiwillig für die Ehrenamtlichen möglich sein, da sie sich auch weiterhin freiwillig einem Risiko aussetzen.

Ausschussmitglied Herr Symanzik zeigt sich erfreut über eine heutige Inzidenz von 0 in der Stadt Georgsmarienhütte und ist der Auffassung, dass das Testen dazu beigetragen hat. Momentan scheint ein Testen nicht notwendig, wird aber seiner Meinung nach, nach dem Sommer wieder erforderlich werden. Auch stellt sich für ihn die Frage, warum das Geld nur in Tests und nicht auch in Lüftungsanlagen für die Schulen investiert wird.

Der Erste Stadtrat Herr Herzberg wendet ein, dass die von der CDU Fraktion beantragten 10.000 € bereits ausgegeben wurden und möchte wissen, ob ein weitergehender Betrag dafür veranschlagt werden soll oder erst bei Testknappheit. Das Anschaffen der Tests ist aus seiner Sicht im Moment nicht erforderlich, könnte aber über einen sogenannten Vorratsbeschluss beschlossen werden.

Ausschussmitglied Frau Funke ist der Meinung, man solle in diesem Fall pragmatisch vorgehen. Ein Nachschub an Tests sollte erst beschafft werden, wenn die vorhandenen verbraucht sind und bis dahin sollten keine weiteren 10.000 € ausgegeben werden. Die Anträge der SPD/FDP Gruppe und der Schwimmvereine begrüßt sie, fragt sich aber, wo Kapazitäten zum Schwimmen überhaupt frei sind und ob nicht auch das Waldbad eine Option wäre.

Herr Dreier erläutert, dass die derzeit gültige Corona Verordnung des Landes besagt, dass bei einer Inzidenz von unter 35 die Testpflicht entfällt. Bezüglich der Kapazität für das Schwimmen, schlägt die Verwaltung vor, alle Beteiligten an einen Tisch zu holen und einen konkreten Bedarf in einem Konzept zu erarbeiten.

Ausschussmitglied Herr Ruthemeyer begrüßt den Vorschlag von Herrn Herzberg zu dem Vorratsbeschluss und ist der Meinung, das Geld zur weiteren Anschaffung von Tests vorzuhalten. Die Anträge in ihrer Gesamtheit bewertet er ebenfalls als positiv, da ansonsten die Gefahr besteht, dass eine ganze Generation von Nichtschwimmern heranwächst. Hier

sollten pragmatische Lösungen in einem Konzept anhand des konkreten Bedarfs gefunden werden.

Auch Ausschussmitglied Herr Büter ist der Meinung, dass es nicht nötig ist jetzt schon die Tests auf Vorrat anzuschaffen. Veranstaltungen auf der Waldbühne als auch „Hütte rockt“ zählen für ihn ebenfalls zu den Vereinen, die dann mit Tests auszustatten wären. Die Anträge zum zusätzlichen Schwimmen findet er positiv, wichtig sei dabei aber, dass die Eltern der Schwimmlernkinder nicht nur unter der Voraussetzung in den jeweiligen Schwimmverein eintreten zu müssen, ein Schwimmlernangebot für ihre Kinder bekommen.

Herr Herzberg weist daraufhin, dass ggf. der Versicherungsschutz über die Mitgliedschaft in dem Verein abgedeckt wird.

Sodann lässt der Ausschussvorsitzende Herr Krüger über die Anträge abstimmen.

Folgende Beschlussempfehlungen werden einstimmig bei einer Enthaltung gefasst:

- a) Der Kostenübernahme für die Ausweitung der Nutzungszeiten im Panoramabad durch den Schwimmverein Georgsmarienhütte e.V. und der DLRG wird befristet bis 31.12.2021 zugestimmt. Über eine Weiterführung ab 2022 wird im Rahmen der Haushaltsberatungen entschieden.
- b) Für die Ausweitung der Schwimmzeiten der Grundschulen im Panoramabad wird in Absprache mit Panoramabad, den Schulen und den Vereinen (Schwimmverein, DLRG) ein Konzept erstellt. Die Kosten aus der Umsetzung dieses Konzepts trägt die Stadt bis zur Höhe der aus eingesparten Mitteln der Benutzungsgebühren für Schulschwimmen des ersten Halbjahres noch zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel.

Folgende Beschlussempfehlung zum Antrag der CDU-Fraktion wird mit 8 Ja-Stimmen und 4 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung gefasst:

- a) Folgender Vorratsbeschluss wird gefasst:
Bei konkretem Bedarf der örtlichen Vereine und Verbände werden weitere Covid-19-Schnelltestkits angeschafft, wenn dieses aufgrund einer vorgeschriebenen Testpflicht erforderlich ist. Zu diesem Zweck wird eine überplanmäßige Ausgabe in Höhe von 10.000 € genehmigt. Sollten höhere Kosten anfallen, muss entsprechend nachgesteuert werden und die Thematik erneut in den zuständigen politischen Gremien beraten werden.

**9. Änderung der Konsortialvereinbarung mit der
Tourismusgesellschaft Osnabrücker Land mbH
Vorlage: BV/096/2021**

Der Ausschussvorsitzende Herr Krüger begrüßt Petra Rosenbach von der TOL und gibt ihr das Wort. Frau Rosenbach bedankt sich für die Einladung und bittet um Entschuldigung für den Umfang und die Komplexität der Vorlagen. Zukünftige Vorlagen werden durch einen anderen Dienstleister als den derzeitigen Anwalt verfasst werden. Sie betont, dass die TOL durch diesen Beschluss und Top 10 nicht mehr Geld benötigt, sondern lediglich eine Umschichtung erfolgt. Die Tops 9 und 10 gehören thematisch zusammen.

Durch die Umfirmierung des TOL e.V. in die TOL GmbH wurde die Möglichkeit von Steuerersparungen genutzt. Hierfür werden, statt der bisherigen Mitgliedsbeiträge an den e.V., nun Kapitaleinlagen zur Verlustabdeckung in die GmbH eingebracht. Wenn im laufenden Geschäftsjahr weniger ausgegeben wird, haben die Kommunen als Gesellschafter das Recht, den Überschuss zurück zu erhalten.

In diesen beiden Beschlusspunkten bittet Frau Rosenbach darum, dass der Überschuss aus 2020 in 2021 weiter genutzt werden kann. Wegen des Rumpfgeschäftsjahres und der Corona-Pandemie konnten einige Mittel nicht ausgegeben werden. In 2021 können diese Mittel für die folgenden Projekte eingesetzt werden: ein neues regionales Konzept (notwendig zur Beantragung von Fördermitteln), eine Machbarkeitsstudie für die digitale Gästekarte, eine Web-basierte Managementsoftware für das Radverkehrssystem und die Ertüchtigung des Veranstaltungskalenders.

Der Aufsichtsrat hat sich auf der letzten Sitzung mit dem Vorgehen, wie in Top 9 und 10 erläutert, einverstanden erklärt. In Top 10 wird die Sondereinlage für 2021 in Höhe des Überschusses 2020 und deren Verrechnung beschlossen. Top 9 aktualisiert analog den Konsortialvertrag. Im Rahmen der Anpassung werden dazu ein paar redaktionelle Anpassungen vorgenommen, die Frau Rosenbach und der TOL unterjährig etwas mehr Spielraum beim Einsatz der zur Verfügung gestellten Mittel geben.

Frau Rosenbach bittet die Ausschussmitglieder um Zustimmung. Sie beendet ihre Ausführungen mit dem Hinweis, dass alle Beschlüsse auf der Mitgliederversammlung der TOL unter Vorbehalt der Zustimmung aller Räte der Mitgliedskommunen geschlossen werden.

Da keine Wortmeldungen vorliegen lässt der Ausschussvorsitzende abstimmen.

Folgende Beschlussempfehlung wird einstimmig gefasst:

Erste Änderung der Konsortialvereinbarung der Gesellschafter der TOL vom 20.03.2020 mit Wirkung ab 01.08.2021

1. Der Rat der Stadt Georgsmarienhütte beschließt die Änderungen der Konsortialvereinbarung der Tourismusgesellschaft Osnabrücker Land mbH (TOL) sowie der Anlagen 1, 3 und 4 zur Konsortialvereinbarung gemäß Anlagen zu dieser Beschlussfassung.
2. Der Rat der Stadt Georgsmarienhütte bestätigt die in der Sitzung vom 04.04.2019, Top 3 (Az.: BV/056/2019) beschlossene Entscheidung, die gesellschaftsseitig benötigten Mittel über das eingeführte Kapitaleinlagensystem zur Verfügung zu stellen. Die Kapitaleinlagen je Haushaltsjahr sind auf einen bestimmten, der Leistungsfähigkeit der Stadt Georgsmarienhütte angemessenen Betrag begrenzt.
3. Der Rat Stadt Georgsmarienhütte beschließt die Zuführung von Kapitaleinlagen für die Geschäfts- und Haushaltsjahre 2022 bis 2023 ff. und konkretisiert diese wie folgt:
 - a. unter dem Vorbehalt der Zustimmung zu dem unter 2. genannten Beschluss für das Geschäftsjahr 2021 der TOL erfolgt eine Zuführung in 2021 der Kapitaleinlagen in Höhe von insgesamt EUR 12.130,-
 - b. für das Geschäftsjahr 2022 der TOL erfolgt eine Zuführung in 2021 der Kapitaleinlagen in Höhe von insgesamt 11.301,- EUR,
 - c. für das Geschäftsjahr 2023 der Tourismusgesellschaft Osnabrücker Land mbH erfolgt eine Zuführung in 2022 der Kapitaleinlagen in Höhe von insgesamt 11.301 EUR,
sowie
 - d. für auf das Geschäftsjahr 2023 folgenden Geschäftsjahre der TOL erfolgt für das jeweilige Geschäftsjahr eine Zuführung von Kapitaleinlagen in gleichlautender Höhe wie für das Geschäftsjahr 2023, soweit der Rat der Stadt Georgsmarienhütte für keine Neufestsetzung durch erneuten Beschluss vornimmt.

4. **Der Rat der Stadt Georgsmarienhütte** beauftragt die Verwaltung wie folgt:
- unter dem Vorbehalt der Zustimmung zu dem unter 2 genannten Beschluss, erfolgt für das Geschäftsjahr 2021 der TOL eine Aufrechnung des Rückerstattungsbetrages aus überkompensierten Beihilfen des Jahres 2020 durch Verrechnung mit dem Anspruch der TOL auf eine Mehrausstattung finanzieller Mittel in Form einer Kapitaleinlage in gleicher Höhe als Zuführung in 2021 zu den Kapitaleinlagen des Geschäftsjahres 2021 in Höhe von insgesamt EUR 164.157,70,
 - eine Auszahlung in Höhe der Jahreseinlage 2022 in Höhe von maximal **11.301,- EUR** im Dezember 2021 an die GmbH zu tätigen.
 - eine Auszahlung in Höhe der Jahreseinlage 2023 in Höhe von maximal **11.301,- EUR** im Dezember 2022 an die GmbH zu tätigen sowie
 - eine Auszahlung in Höhe der Jahreseinlage 2023 jeweils im Dezember des Vorjahres an die GmbH für die auf das Jahr 2023 folgenden Geschäftsjahre zu tätigen.
5. **Bürgermeisterin** wird ermächtigt, in der Gesellschafterversammlung einen Zustimmungsbeschluss zu den Änderungen der Konsortialvereinbarung herbeizuführen.
6. **Rat der der Stadt Georgsmarienhütte** verpflichtet den (die) jeweilige(n) Vertreter(in) in der Gesellschafterversammlung der TOL:
- auf eine Beibehaltung der Gliederung der Kapitaleinlagen nach Festbetragseinlagen und nach variablen Einlagen hinzuwirken.
 Die Gliederungsbefugnis umfasst das Recht der Geschäftsführung, auch unterjährig die ab 01.08.2021 zur Verwendung bestimmten Kapitaleinlagen (hinsichtlich der Zuordnung dem Grunde, der Höhe, der Bezeichnung, dem Vomhundertsatz der variablen Kapitaleinlage bis maximal 5 % und der Einlagenzeitpunkte) abweichend der bisherigen Gliederung neu zu bestimmen, soweit der insgesamt für das jeweilige Haushaltsjahr 2021, 2022, 2023ff beschlossene Finanzrahmen nicht überschritten wird.
 Eine erneute Befassung **des Rates der Stadt Georgsmarienhütte** ist erforderlich für den Fall der Zuführung von Finanzmitteln aus Kassen der Gesellschafterin für außerhalb oder zusätzlich der im Gesellschaftsvertrag bestimmten Fälle (Neu- oder Mehrbedarfe).
 - auf eine Erlaubnis für eine quartalsbezogene Vorgriffs-Verwendung der Kapitaleinlagen im Rahmen der Liquiditätssicherung anlassbezogen (z.B. Folgen der Corona-Pandemie) hinzuwirken.
 Die Befugnis umfasst das Recht der Geschäftsführung in den Geschäftsjahren 2022 und 2023 jeweils im Vorgriff eine Sonderverwendung sämtlicher Kapitaleinlagen - ganz oder anteilig - der jeweils bis zum 31.03., 30.06. und 30.09. der Geschäftsjahre 2022 und 2023 zu verwendenden Teilbeträge zum jeweils zuvor bezeichneten Quartalszeitpunkt vorzunehmen. Der Vorgriff je Quartal darf jeweils nicht höher sein, als der für das jeweilige Quartal zur Verwendung bestimmte Teilbetrag.
7. **Der Rat der Stadt Georgsmarienhütte** weist die in die Gesellschafterversammlung entsandten Vertreter an, alle in Verbindung mit dem Beschluss zur Änderung der Konsortialvereinbarung erforderlichen Regelungen zu treffen, insbesondere die in diesem Zusammenhang erforderlichen rechtsverbindlichen Erklärungen abzugeben und Handlungen vorzunehmen, die in dem Zusammenhang mit der Änderungen der Konsortialvereinbarung erforderlich und/oder zweckmäßig erscheinen.
8. Falls sich aus steuerlichen oder aus sonstigen Gründen Änderungen der Konsortialvereinbarung als notwendig oder zweckmäßig erweisen, erklärt sich **der Rat** mit diesen Änderungen einverstanden, sofern hierdurch der wesentliche Inhalt dieses

Beschlusses und dessen Anlage sowie die Konsortialvereinbarung nicht verändert werden.

9. Der Beschluss steht unter dem Vorbehalt, dass der Landkreis Osnabrück sowie die Städte und (Samt-)Gemeinden (Stadt Osnabrück, Gemeinde Bad Essen, Stadt Bad Iburg, Gemeinde Bad Laer, Gemeinde Bad Rothenfelde, Gemeinde Belm, Gemeinde Bissendorf, Gemeinde Bohmte, Stadt Bramsche, Stadt Dissen, Stadt Georgsmarienhütte, Gemeinde Glandorf, Gemeinde Hagen a.T.W., Gemeinde Hasbergen, Gemeinde Hilter, Stadt Melle, Gemeinde Ostercappeln, Gemeinde Wallenhorst, Samtgemeinde Artland, Samtgemeinde Bersenbrück, Samtgemeinde Fürstenau sowie die Samtgemeinde Neuenkirchen) gleichlautende Beschlüsse fassen.

- 10. Aufrechnung der Rückzahlungsforderung der Gesellschafter der TOL aus überkompensierten Beihilfen des Geschäftsjahres 2020 mit der Einlageforderung der TOL auf Erhöhung der Kapitaleinlagen für das Geschäftsjahr 2021 durch Verrechnung mit Wirkung ab 01.08.2021
Vorlage: BV/110/2021**

Es liegen keine Wortmeldungen vor. Der Ausschussvorsitzende bittet um Abstimmung.

Folgende Beschlussempfehlung wird einstimmig gefasst:

1. Der Rat der Stadt Georgsmarienhütte beschließt auf den Antrag der Tourismusgesellschaft Osnabrücker Land GmbH (TOL) hin, wie folgt:
 - a. Der TOL wird die anteilige Rückzahlung das in 2020 pandemiebedingt „Zuviel“ erhaltener Beihilfen in Form von Kapitaleinlagen in Höhe eines Gesamtbetrages von EUR 164.157,70 gestundet. Die Stundung wird der TOL bis 31.07.2021 in Höhe der anteiligen Rückzahlungsforderung der Stadt als Gesellschafter der TOL gewährt.
 - b. Der TOL wird die anteilige Rückzahlung das in 2020 pandemiebedingt „Zuviel“ erhaltener Beihilfen in Form von Kapitaleinlagen in Höhe eines Gesamtbetrages von EUR 164.157,70 erlassen. Der Erlass wird der TOL zum 31.07.2021 in Höhe der anteiligen Rückzahlungsforderung der Stadt als Gesellschafter der TOL gewährt.
2. Der Rat der Stadt Georgsmarienhütte erhöht die bisher für das Geschäftsjahr 2021 bestimmten Kapitaleinlagenverpflichtungen anteilig des erlassenen Betrages in Höhe von EUR 164.157,70. Die erhöhte Kapitaleinlage steht mit Wirkung ab dem 01.08.2021 zur Verwendung in den satzungsmäßig und den in der 1. Änderungsfassung der Konsortialvereinbarung der Gesellschafter bestimmten Fällen zur Verfügung.
3. Der Rat der Stadt Georgsmarienhütte weist die in die Gesellschafterversammlung entsandten Vertreter an, über eine Ausschüttung in Höhe der pandemiebedingt „Zuviel“ erhaltenen Beihilfen in Form von Kapitaleinlagen in Höhe eines Gesamtbetrages von EUR 164.157,70 als vorläufiges Ergebnis der EU-beihilferechtlichen Überkompensationsprüfung für das Geschäftsjahr 2020 mit Wirkung zum 31.07.2021 zu beschließen.
4. Der Rat der Stadt Georgsmarienhütte erklärt mit Wirkung zum 01.08.2021, dass die Forderung der TOL auf Einzahlung in die Kapitalrücklage in jeweils der Höhe der anteiligen Forderung der Stadt als Gesellschafter der TOL gegen die Verbindlichkeit der TOL infolge der Ausschüttung bei Fälligkeit aufgerechnet wird. Das Datum der Verrechnung ist der Tag der Ausschüttung und wird auf den 01.08.2021 bestimmt.
5. Der Rat der Stadt Georgsmarienhütte weist die in die Gesellschafterversammlung entsandten Vertreter an, alle in Verbindung mit dem Beschluss zur Änderung der

Kapitaleinlagen für das Geschäftsjahr 2021 erforderlichen Regelungen zu treffen, insbesondere die in diesem Zusammenhang erforderlichen rechtsverbindlichen Erklärungen abzugeben und Handlungen vorzunehmen, die in dem Zusammenhang mit den Änderungen erforderlich und/oder zweckmäßig erscheinen.

6. Falls sich aus steuerlichen oder sonstigen Gründen Änderungen der Kapitaleinlagengliederung als notwendig oder zweckmäßig erweisen, erklärt sich der Rat mit diesen Änderungen einverstanden, sofern hierdurch der wesentliche Inhalt dieses Beschlusses und seiner Anlagen nicht verändert werden.
7. Der Beschluss steht unter dem Vorbehalt, dass der Landkreis Osnabrück sowie die Städte und (Samt-)Gemeinden: Stadt Osnabrück, Gemeinde Bad Essen, Stadt Bad Iburg, Gemeinde Bad Laer, Gemeinde Bad Rothenfelde, Gemeinde Belm, Gemeinde Bissendorf, Gemeinde Bohmte, Stadt Bramsche, Stadt Dissen, Stadt Georgsmarienhütte, Gemeinde Glandorf, Gemeinde Hagen a.T.W., Gemeinde Hasbergen, Gemeinde Hilter, Stadt Melle, Gemeinde Ostercappeln, Gemeinde Wallenhorst, Samtgemeinde Artland, Samtgemeinde Bersenbrück, Samtgemeinde Fürstenau sowie die Samtgemeinde Neuenkirchen gleichlautende Beschlüsse fassen.

11. Umfeldgestaltung Aussichtstürme Vorlage: MV/014/2021

Der Ausschussvorsitzende Herr Krüger gibt Astrid Kämmer von der Verwaltung, FB II, Abteilung für Kultur und Stadtmarketing, das Wort.

Frau Kämmer führt an, dass in den Haushaltsmitteln für 2021 30.000 € für die Umfeldgestaltung der Aussichtstürme eingestellt wurden, um diese im Zuge der baldigen Wiedereröffnung als attraktives Ausflugsziel zu stärken. Hierfür verweist sie auf die Mitteilungsvorlage, die bildhaft die Pläne darlegt. Das Umfeld des Hermannsturms soll als Ausflugsziel für eher sportliche Wanderer gestaltet werden. Hier werden Sitzgelegenheiten und auch vielfältig nutzbare Balanciermöglichkeiten geschaffen. Der Varusturm soll eher Anlauf für Familien sein, da die Steigung dort hoch gut auch für kleinere Kinder möglich ist.

Es liegen keine Wortmeldungen von Ausschussmitgliedern vor.

12. Jahresabschluss 2020 der Stadtbibliothek Georgsmarienhütte KÖB Vorlage: BV/089/2021

Abteilungsleiter Herr Dreier erläutert die hierzu ergangene Vorlage.

Ausschussmitglied Frau Olbricht möchte wissen, warum konkret in der Gegenüberstellung der Kosten im Jahresabschluss, die Stadtbibliothek mit einer Mehreinnahme abschließt. Herr Dreier sieht das in den entsprechenden Unterlagen nach und gibt dieses mit dem Protokoll bekannt.

Ausschussmitglied Herr Büter möchte sich ausdrücklich bei den Ehrenamtlichen der Stadtbibliothek bedanken und diese auch weiterhin unterstützen.

Ausschussmitglied Herr Dierker möchte erwähnen, dass Ehrenamtliche für entstandene Defizite in der Corona Zeit eingetreten sind.

Ausschussmitglied Herr Ruthemeyer berichtet aus den Nebenstellen der Stadtbibliothek, dass die Ehrenamtlichen sogar aufgrund vorheriger telefonischer Bestellung Bücher und Medien zu den Nutzern nach Hause geliefert haben. Ein Dankeschön dafür.

Sodann lässt der Ausschussvorsitzende Herr Krüger über den Antrag abstimmen.

Ergänzung der Verwaltung:

Der Leiter der Stadtbibliothek hat zu der Frage von Ausschussmitglied Frau Olbricht erklärt, dass man bei den Aufwendungen aufgrund der nach in Kraft treten der Corona-Beschränkungen erwartbar niedrigeren Einnahmen insgesamt sehr zurückhaltend gewirtschaftet habe, um die prognostizierten Verluste ausgleichen zu können. Zudem sei der Aufwand für die Neuanschaffung von EDV-Hardware wesentlich günstiger ausgefallen als geplant.

Folgende Beschlussempfehlung wird einstimmig gefasst:

Der Jahresabschluss 2020 der Stadtbibliothek Georgsmarienhütte KÖB wird in der vorliegenden Fassung festgestellt. Der Überschuss von 340,14 € wird der Rücklage zugeführt.

13. Beantwortung von Anfragen

13.1. Parksituation Berliner Straße – Anfrage des Ratsherren Averdiek

Die in der Sitzung des Fachausschusses III am 22.04.2021 gestellte Frage wurde zuständigkeithalber an den FB II weitergeleitet.

Antwort der Verwaltung

Im Bereich der Regenbogenschule an der *Berliner Straße* finden -im Rahmen der personellen Kapazitäten- häufiger Kontrollen statt. Oftmals auch anlassbezogen aufgrund von Anhängern oder Baumaterialien, die auf dem dort befindlichen Parkstreifen abgestellt werden.

Im Bereich zwischen der *Berliner Straße* 12 und der Einmündung *Bachstraße* ist beidseitig ein absolutes Haltverbot ausgewiesen. Beschwerden oder eine Problematik mit auf der Fahrbahn abgestellten Fahrzeugen in diesem Bereich in jüngerer Zeit sind/waren bislang nicht bekannt. Auch im Rahmen von Kontrollen wurden keine verbotswidrig abgestellten Fahrzeuge im benannten Bereich festgestellt.

Am 03.06. wurde die Situation zwischen 7:20 Uhr und 7:40 Uhr (Schulbeginn) beobachtet. In diesem Zeitraum hielten wechselnd bis zu 5 Fahrzeuge zeitgleich im absoluten Haltverbot auf der östlichen Straßenseite, um Schulkinder abzusetzen. Gegenüber befindet sich ein kleiner Fußweg hoch zur Schule.

Andere Schulkinder, die zwischen den haltenden Fahrzeugen die Fahrbahn wechselten, konnten nicht festgestellt werden. Diese liefen die Schule weit überwiegend von der westlichen Gehwegseite aus an.

Möglicherweise erfolgt das Bringen der Kinder über die *Berliner Straße* momentan verstärkt, da die Kreuzung *Haseldehnen/Drosselstieg*, über die die Regenbogenschule sonst ebenfalls angefahren wird, aufgrund einer Baumaßnahme voll gesperrt ist. Die Parksituation wird im Blick behalten.

13.2. Defizitverträge mit den Trägern katholischer Kindertagesstätten – Anfrage der SPD/FDP-Gruppe

Die SDP/FDP-Gruppe fragt an, ob zwischenzeitlich alle Defizitverträge mit den Kirchengemeinden abgeschlossen wurden und alle Verträge unterzeichnet vorliegen.

Antwort der Verwaltung:

Frau Happe verweist hierzu auf die Ausführungen unter TOP 3.1 in den wichtigen Mitteilungen der Verwaltung.

13.3. Neubau Krippenhaus Kloster Oesede – Anfrage der SPD/FDP-Gruppe

Die SPD/FDP-Gruppe bat um einen Sachstandsbericht, ob der Zeitplan zum Bau des Krippenhauses eingehalten werden kann.

Antwort der Verwaltung:

Frau Happe erklärt, dass nach dem mit Wettbewerbsabgabe geltenden Rahmenterminplan eine Fertigstellung im März 2023 vorgesehen ist. Die weiteren Entwicklungen auf dem Markt z. B. bei der Verfügbarkeit von Baumaterialien, die Auswirkungen auf den Terminplan haben könnten, sind derzeit schwer vorhersehbar. Aktuell wird neben dem Architekten das restliche Planerteam zusammengestellt.

13.4. Dirtpark – Anfrage des Ratsherren Symanzik

Zur in der Sitzung des Fachausschusses III am 22.04.2021 gestellten Frage geht Frau Happe kurz auf den Sachstandsbericht des Fachbereichs IV ein. Als Standort eignet sich aus Sicht der Verwaltung eine städtische Liegenschaft im Stadtteil Oesede in der unmittelbaren Nähe des Busbahnhofs und der Realschule. Ein Antrag auf Fördermittel im Rahmen des Dorfentwicklungsprogramms wurde gestellt und der vorzeitige Maßnahmebeginn wurde genehmigt. Mit einem positiven Förderbescheid wird voraussichtlich Ende Juni gerechnet.

14. Anfragen

14.1. Maskenpflicht

Ausschussmitglied Herr Symanzik erkundigt sich, wann die Maskenpflicht im Oeseder Zentrum aufgehoben wird. Er verweist auf die Stadt Osnabrück, in der die Maskenpflicht im Stadtzentrum bereits aufgehoben worden sei.

Antwort der Verwaltung:

Herr Herzberg erklärt, dass die auf Grundlage einer Allgemeinverfügung der Stadt erlassene Maskenpflicht im gesamten Osnabrücker Stadtzentrum aufgehoben wurde. In Georgsmarienhütte besteht gemäß § 3 Absatz 1 der Corona-Verordnung des Landes Niedersachsen eine Maskenpflicht in Geschäften inkl. des Eingangsbereichs sowie auf zugehörigen Parkplätzen. Solange diese Verordnung gilt, ist eine Aufhebung der Maskenpflicht nicht möglich.

14.2. Sanierung Turnhalle Realschule

Ausschussmitglied Herr Ruthemeyer verweist auf seine Anfrage vom 06. Juni zum Sachstand bzgl. der Sanierungsarbeiten:

„Guten Morgen und einen guten Start in die Woche,
folgende Anfrage an den Fachbereich 3 mit der Bitte zur schriftlichen Beantwortung am
09.06 zum VA.

Wie ist der genaue Stand der Renovierung der Realschulhalle!

- was muss noch gemacht werden?
- wie sieht die zeitliche Planung aus. Darstellung der Zeitachse der Renovierungsmaßnahmen.
Beginn - Ende !
- wie findet der Sportunterricht statt an der Realschule?
- wie findet der Sportunterricht bei Regen statt?
- können die Sportgeräte die in der Realschulhalle stehen zum Sportunterricht eingesetzt werden ?
- wenn nicht ,wie unterstützt die Stadt dann den Sport an der Realschule.
- gibt es Überlegungen der Realschule Alternativen zur Hallennutzung anzubieten? (andere Hallen)
- sollen noch weitere Umbaumaßnahmen an Sporthalle erfolgen?
der Eingangsbereich soll durch eine Mauer zu verkleinert werden . Es soll so eine Absperrung zur Treppe nach unten erfolgen.
- gibt es noch keine Freigabe der Versicherung ?“

Herr Ruthemeyer fragt nach wann er mit einer Beantwortung rechnen kann.

Antwort der Verwaltung:

Frau Happe erläutert, dass dem Fachbereich III diese Anfrage bislang nicht vorliegt. Nach Eingang werde diese Anfrage und ihre Beantwortung in das Protokoll über die heutige Sitzung aufgenommen.

Das Feuer brach in der Sporthalle der Realschule am 09.09.2020 aus. Direkt nach Abschluss der polizei- und staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen zur Brandursache wurde über den Gebäudeversicherer bereits Mitte September 2020 der erste Auftrag zur Durchführung der erforderlichen Erstmaßnahmen an eine Fachfirma für Brand- und Wasserschadensanierung vergeben.

Diese Arbeiten umfassen sowohl die Reinigung der durch die Verrauchung stark in Mitleidenschaft gezogene Halle und des Inventars als auch die Demontage / Entsorgung nicht wieder verwendbarer und / oder massiv beschädigter Ausbauteile wie z.B. Deckenverkleidungen, Stromtrassen, Lüftungskanäle, etc. Begleitet werden diese Leistungen u. a. von einem Sachverständigen, der jeweils entsprechend der Rückbaufortschritte chemische Untersuchungen der Oberflächen und Baustoffe durchführt und nach Vorlage der Untersuchungsberichte weitere Sanierungsempfehlungen ausspricht.

Diese Arbeiten, die vom Gebäudeversicherer und durch ihn hinzugezogene Sachverständige begleitet wurden, sind inzwischen abgeschlossen und haben bis zum 12.05.2021 andauert.

Die damit einhergehenden Leistungen des Gebäudeversicherers zur Ermittlung der endgültigen Schadenhöhe sind noch nicht abgeschlossen. Ein Gutachten zur Schadenshöhe liegt der Stadt bislang nicht vor. Mit Mail vom 07.06.2021 wurde der Versicherer aufgefordert, kurzfristig die abschließende Feststellung der Schadenshöhe mitzuteilen und das entsprechende Gutachten vorzulegen. Aus der Antwort des Versicherers geht hervor, dass die abschließende Bearbeitung des Gutachtens noch nicht abgeschlossen sei, von einer schleppenden oder verzögerten Bearbeitung jedoch nicht die Rede sein könne.

Im ZGM laufen die Vorbereitungen für die Arbeiten, die im Zuge der Hallensanierung nach Abschluss der Erstmaßnahmen der Brandschadenbeseitigung durchzuführen sind. So sei hier zum Beispiel die Vergabe der Fachplanerleistungen für die komplett zu erneuernde Elektro- und Gebäudeleittechnik und für die baubegleitende Tätigkeit eines Brandschutzsachverständigen genannt.

Die Brandschaden- und Hallensanierung umfasst mindestens folgende Leistungen:

- komplette Erneuerung der Elektroinstallation einschließlich Sicherheitsbeleuchtung, Brandmeldeanlage und Gebäudeleittechnik
- umfangreiche Ertüchtigungen im Rahmen des vorbeugenden Brandschutzes entsprechend dem zu erstellenden Brandschutzkonzept mit Bildung von Brandabschnitten
- Rückbau der beschädigten und aktuell aus hygienischer Sicht nicht mehr nutzbaren Warmluftheizung
- Erneuerung des Prallwandbelages und des Sportbodens, Einbau einer Fußbodenheizung
- Erneuerung der Hallen- und Foyerunterdecke einschließlich Beleuchtung
- Einbau einer Lüftungsanlage mit Wärmerückgewinnung (Hallen- und Umkleidebereich)
- Umgestaltung des Haupteingangs zur Schaffung einer unabhängigen Erschließung (Zutritt) von Hallenebene / Tribünenbereich mit Schulungsräumen

Da die abschließende Bewertung seitens des Versicherers noch nicht vorliegt, sehr umfangreiche Sanierungsmaßnahmen im Bestand durchzuführen sind, zurzeit keine Aussagen über die Auslastung der zu beteiligenden Fachunternehmen sowie zur Materialverfügbarkeit getroffen werden können, ist es nicht möglich, einen konkreten Zeitrahmen für die Sanierung und somit den Termin der Fertigstellung der Sporthalle zu benennen.

Verlagerung des Vereinssports:

Bereits unmittelbar nach dem Schadensereignis und der erfolgten Sperrung der Sporthalle hat die Verwaltung mit den betroffenen Vereinen vorübergehende, alternative Hallennutzungen abgestimmt. Aufgrund der durch die Vorgaben der Corona-Verordnung erfolgten zwischenzeitlichen Sperrung der Sporthallen für den Amateursport bestand jedoch für den größten Zeitraum der bisherigen Sperrung kein Bedarf an Kapazitäten. Nach der Wiederaufnahme des Sportbetriebs in den Sporthallen im Mai 2021 konnte auf den abgestimmten Hallenbelegungsplan 2020 zurückgegriffen werden. Allerdings kann die Verlagerung nur unter erheblichen Einschränkungen der betroffenen Vereine erfolgen. Für eine vollständige Auslagerung stehen nicht genügend Hallenkapazitäten zur Verfügung. Die anstehende Schließung der Michaelissporthalle zu Sanierungszwecken verschärft nach dem Ende der Sommerferien das Raumproblem.

Verlagerung des Schulsports:

Direkt nach der Sperrung der Sporthalle Realschule hat die Fachabteilung Ausweichmöglichkeiten in der Sporthalle Hochstraße organisiert. In Kombination mit Nutzungsmöglichkeiten in der Teutoburger-Wald-Halle konnte der bestehende Bedarf an Hallenzeiten teilweise gedeckt werden. Für noch fehlende Zeiten wurden mit der Freiherr-vom-Stein-Schule freie Kapazitäten in der Glückaufsporthalle abgestimmt und der Realschule angeboten. Diese wurden jedoch nicht in Anspruch genommen. Der Schulleiter hatte der Fachabteilung am 24. September 2020 mitgeteilt, dass aufgrund von kurzfristigen Lehrerabordnungen der Sportunterricht nicht in dem geplanten Umfang durchgeführt werden könne. Aufgrund der sich im Spätherbst wieder verschärfenden Infektionslage und den daraus resultierenden Einschränkungen der Corona-Verordnung durfte dann kein Sportunterricht mehr in Hallen durchgeführt werden. Ein Hallensport war erst ab Mai 2021 wieder zulässig. Letztmalig am 12. Mai 2021 hatte sich der Schulleiter daher dann auch erneut mit einer Auflistung von benötigten Hallensportzeiten an die Fachabteilung gewandt.

Ihm wurde daraufhin angeraten, im ersten Schritt mit dem Schulleiter der Sophie-Scholl-Schule direkten Kontakt aufzunehmen und mit ihm abzustimmen, ob ggf. hierfür wieder vorrangig Zeiten in der Sporthalle Hochstraße zur Verfügung stehen. Danach sollte er sich ggf. wieder melden, um den noch nicht abgedeckten Bedarf für eine alternative Unterbringung in anderen Hallen inklusive eines möglicherweise erforderlichen Bustransports zu besprechen.

Eine Rückmeldung seitens der Realschule steht bislang jedoch aus.

Aufgrund der guten Witterungslage kann der Schulsport derzeit vorrangig auf den Sportplätzen Carl-Stahmer-Weg und Hochstraße im Freien durchgeführt werden. Dieses entspricht auch der Empfehlung des Kultusministeriums und des Landesamtes für Schule und Bildung als Corona-Schutzmaßnahme nach dem Rahmenhygieneplan des Landes Niedersachsen.

Am Kunstrasenplatz Hochstraße stehen für die Lehrkräfte und Schülerinnen und Schüler auch die Umkleide- und Sanitärcontainer an der Alten Wanne zur Verfügung. Am Carl-Stahmer-Weg kann ggf. auf die Einrichtungen der Teutoburger-Wald-Halle zurückgegriffen werden.

14.3. Förderung Kinderspielplätze

Ausschussmitglied Herr Dierker berichtet von einer Aktion des Radiosenders FFN, bei der die Renovierung von Kinderspielplätzen gefördert wird. Er fragt nach, ob seitens der Stadt eine Beteiligung geplant sei.

Antwort der Verwaltung:

Die Anfrage wird an den zuständigen Fachbereich IV weitergeleitet.

14.4. Arbeitskreis "Alte Wanne"

Ausschussmitglied Herr Trimpe-Rüschemeyer erkundigt sich, ob der Arbeitskreis „Alte Wanne“ zeitnah einberufen wird, um einen Förderantrag für die Sanierung der Alten Wanne aus dem Dorfentwicklungsprogramm zu September 2021 zu entwickeln

Antwort der Verwaltung:

Frau Happe erklärt, dass in der Sitzung des Verwaltungsausschusses am 23.06.2021 zunächst ein Meinungsbild über das weitere Vorgehen abgefragt werden müsse. Entscheidend sei, ob die Stadt zunächst für das Jahr 2022 erneut einen Antrag aus dem Förderprogramm Investitionspaket zur Förderung von Sportstätten mit einer Laufzeit bis 2024 stelle und ggf. ergänzend für den Jugendtreff Alte Wanne zum 15.09.2022 einen Förderantrag aus dem Dorfentwicklungsprogramm stellen wolle, was die Verwaltung ausdrücklich empfehle, oder ob die Stadt auf eine weitere Antragstellung aus dem vorgenannten Sportstättenförderprogramm verzichte und einen Antrag auf Förderung aus dem Dorfentwicklungsprogramm in 2021 stellen wolle.. Der Arbeitskreis wird dann im nächsten Schritt zur Umsetzung der abgestimmten Verfahren einberufen.

14.5. Brandschutztreppe Dröperschule

Ausschussmitglied Herr Büter erkundigt sich nach dem Sachstand zur Brandschutztreppe an der Dröperschule.

Antwort der Verwaltung:

Herr Hornstein erklärt, dass mit den Arbeiten zeitnah begonnen werde.

14.6. Wassertretstelle Kasinopark

Ausschussmitglied Herr Springmeier erkundigt sich, wann die Wassertretstelle im Kasinopark fertig gestellt wird.

Antwort der Verwaltung:

Frau Kämmer teilt mit, dass ein genaues Öffnungsdatum derzeit nicht mitgeteilt werden kann. Eine Öffnung in diesem Jahr wird angestrebt.

14.7. Varusturm

Herr Springmeier erkundigt sich, wann der Varusturm wieder begehbar sein wird und ob die Montage der Funkeinrichtungen schon geklärt sei.

Antwort der Verwaltung:

Herr Hornstein verweist auf die Ausführungen unter TOP 3.7 der wichtigen Mitteilungen der Verwaltung. Die Rückumsetzung der Funkeinrichtung wird derzeit mit den betreffenden Unternehmen geklärt. Sollte es zu einer längeren Verzögerung kommen, kann der Turm zunächst freigegeben werden. Das derzeitige Gerüst müsse dann stehen bleiben. Für einen späteren Umbau würde eine erneute kurzfristige Sperrung erfolgen.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung und bedankt sich bei den Teilnehmern für die Mitarbeit.

Krüger
Vorsitz

i. A. Bürgermeisterin

Willebrand Geier
Protokollführung